



>>> UNIVERSELLE WERTE, NACHHALTIGES WACHSTUM, STABILE WELTORDNUNG

Diskussionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
zur Asienpolitik

anlässlich des Kongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
“Asiens neue Gestaltungsmächte - Werte, Wirtschaft, Weltordnung”
am 13. Juni 2012

Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Wir würdigen die enormen Leistungen der Menschen in Asien¹ mit großem Respekt. Die Staaten Asiens wachsen nicht allein in eine Weltordnung hinein, sondern sie tragen in einer Welt im Wandel mehr und mehr Verantwortung für ihre Gestaltung. Wir wollen mit den Völkern Asiens immer enger und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Im Dialog wollen wir auf der Grundlage unserer wertgebundenen außenpolitischen Ziele gemeinsame Interessen definieren und dadurch den Weg zu gemeinsamer globaler Verantwortung gehen.

Im Jahr 2007 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion daher eine Asienstrategie vorgelegt. Die Entwicklungen seither zeigen, dass Deutschland seine Diplomatie, Entwicklungskooperation und Sicherheitspolitik gemeinsam mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern weiter zielgerichtet und effektiv in Asien einsetzen muss.

Leitbild: universelle Werte, nachhaltiges Wachstum und eine stabile Weltordnung

Wir wollen, dass universelle Werte uns mit den Völkern Asiens verbinden, dass nachhaltiges Wachstum das materielle Wohlergehen dieser und zukünftiger Generationen garantiert und dass eine stabile Weltordnung die Menschen in Freiheit, Frieden und Sicherheit leben lässt.

Dabei können drei übergeordnete Interessensfelder der deutschen Asienpolitik identifiziert werden: politische und geostrategische Interessen einschließlich globaler Interessen wie der Einbindung asiatischer Staaten in globale Verantwortung und Ressourcen- und Klimaschutz. Wirtschaftliche Interessen umfassen u.a. freien Welthandel und Sicherstellung von Wettbewerbsgleichheit und Wettbewerbsfähigkeit. Grundsätzlich muss sich die deutsche und europäische Asienpolitik an unserem langfristigen Interesse orientieren, in den Gesellschaften Asiens – in den Bevölkerungen wie bei den Regierungen – verlässliche Partner zu gewinnen. Solche Partnerschaften können auf Dauer nur auf der Basis gemeinsamer Werte und Überzeugungen gedeihen.

Nur wenn Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte sich weltweit weiter ausbreiten und verfestigen, können wir erwarten, dass in einer möglichen zukünftigen Weltordnung, in der der asiatische und nicht-westliche über den euroatlantischen und westlichen Einfluss dominiert, unsere Vorstellungen von einer humanen Zukunft geteilt und verwirklicht werden und auch die berechtigten Interessen der Menschen in Deutschland und Europa angemessene Berücksichtigung finden.

Grundlagen der Zusammenarbeit

Deutschland hat seit Veröffentlichung unserer Asienstrategie seine bilateralen Beziehungen mit wichtigen Partnern in Asien weiter entwickelt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor allem im Rahmen von hochrangigen Besuchen den Willen zu vertiefter Kooperation deutlich gemacht. Gleichzeitig haben wir die Einhaltung universeller Menschenrechte und rechtsstaatlicher Grundsätze angemahnt.

¹ Asien bezeichnet hier den geographischen Raum zwischen Afghanistan und Pakistan im Westen, China und der Mongolei im Norden, Japan und den Philippinen im Osten sowie Indonesien, Australien und Neuseeland im Süden. Anders als in der Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 2007 wird Zentralasien mit umfasst.

Unser besonderer Einsatz gilt dabei dem Schutz der Religionsfreiheit in ganz Asien. Wir werden die Religionsfreiheit auch in Zukunft bei offiziellen Gesprächen einfordern, Opfer von Verletzungen dieses Grundrechts unterstützen und den Dialog mit den Religionsgemeinschaften suchen.

Rechtssicherheit und eine funktionierende Justiz und Verwaltung sind Voraussetzungen für eine nachhaltig prosperierende Wirtschaft. Die beste Garantie für Wohlstand und Sicherheit ist eine Welt verantwortungsvoll geführter demokratischer Staaten. Die Europäische Sicherheitsstrategie 2003 benennt die geeignetsten Mittel zur Stärkung der Weltordnung: die Verbreitung einer verantwortungsvollen Staatsführung, die Unterstützung von sozialen und politischen Reformen, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte.

Südkorea etwa ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie in Asien wirtschaftlicher Erfolg und politische Reformen einhergehen können. In jüngster Zeit hat auch die Regierung Myanmars mit Reformen Entwicklungschancen für das Land eröffnet. Wir begrüßen, dass die Europäische Union die Sanktionen gegen Myanmar aufgehoben hat. Myanmar wird 2014 den Vorsitz der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) innehaben. Das bedeutet eine enorme Chance für das Land. Deutschland und die EU sollten sich darum durch Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit besonders engagieren.

Entwicklungen seit 2007

Die politischen Verhältnisse in Asien sind in einer Definitionsphase, die die Chance bietet, eine neue Generation im Dialog in den Konsens über die universellen Werte einzubinden.

Die Mitgliedstaaten ASEANs haben Ende 2007 in der ASEAN-Charta das Ziel bekräftigt, die regionale Zusammenarbeit im Rahmen einer ASEAN Gemeinschaft auf der Grundlage der Prinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Respekt für und Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu vertiefen. Anders als die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europarates stellen die ASEAN-Staaten aber in der Präambel der Charta und ihren Beziehungen die Prinzipien der Souveränität und Nichteinmischung, sowie Konsens und Einheit in Vielfalt voran.

Die Europäische Union hat sich 2009 mit dem Vertrag von Lissabon einen neuen Rahmen und mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst ein neues Instrument für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen und im Konsens deren Ziele im EU-Vertrag festgeschrieben.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt seit 2008 die Vereinigten Staaten und die Mitgliedstaaten der EU vor die Herausforderung, ihre öffentlichen Haushalte ins Gleichgewicht zu bringen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Sie stellt vor allem China mit seiner ab Ende 2012 neuen Führung vor die Frage, welche Rolle die Volksrepublik in einer globalisierten Welt auch im eigenen Interesse spielen will.

Die Führungen der allermeisten Staaten Asiens sehen Wachstum und Wohlstand als ihre primäre Aufgabe. Einige Staaten wie Japan, Südkorea, Australien oder Singapur gehören bereits zu den höchstentwi-

ckelten der Erde. Schwellenländer wie China und Indonesien haben sich seit 2007 wirtschaftlich rasant entwickelt. Andere gehören noch zu den am wenigsten entwickelten Ländern und streben wie Bangladesch, Kambodscha, Laos, Myanmar oder Afghanistan danach, sich aus der Armut zu befreien. Entsprechend unterschiedlich sind die Interessen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich in ihrer strategischen Ausrichtung verstärkt dem asiatisch-pazifischen Raum zugewandt.

Politik / Sicherheit

Wir wollen eine stabile Weltordnung, in der Menschen in Freiheit, Frieden und Sicherheit leben können.

Sicherheit und Stabilität in Afghanistan

Im Hinblick auf dieses Ziel sind Sicherheit und Stabilität in Afghanistan in Asien die größte Herausforderung. Wir haben darauf hingewirkt, dass der Diskussionsprozess über die Ziele, die Deutschland in Afghanistan verfolgt, in den regelmäßigen Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan mündete. Beim NATO-Gipfel von Lissabon und bei der Bonner Konferenz Ende 2011 haben die Islamische Republik Afghanistan und die internationale Gemeinschaft das Ziel gesetzt, Afghanistan zu einem Land zu machen, das Frieden und Zukunftschancen für alle Afghanen im Zentrum einer sicheren und prosperierenden Region bietet. In Afghanistan dürfen Terroristen nicht wieder ein Rückzugsgebiet finden.

Ende 2014 wird die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände vollzogen sein. Ohne weitere Entwicklung wird es aber keine dauerhafte selbsttragende Sicherheit in Afghanistan geben. Die Transformation ist eine Generationenaufgabe, der Deutschland sich gemeinsam mit seinen Partnern im Sinne seiner Interessen in Zentralasien und Afghanistan stellt und für die auch Staaten Asiens Verantwortung tragen.

Regionale Konflikte in Asien managen und langfristig lösen

Konflikte in Asien können das von allen Regierungen Asiens geteilte Ziel einer stabilen Weltordnung in Frage stellen.

Konfliktkonstellationen – zwischenstaatlich

Das aggressive Verhalten des nordkoreanischen Regimes provoziert immer wieder Krisen. Deutschland und die EU wollen ihre asiatischen Partner bei Eindämmung dieses Konfliktpotenzials und der Arbeit an einer Lösung unterstützen. Zwischenstaatliche Konflikte bestehen in Asien auch aufgrund ungeklärter Territorialansprüche im südchinesischen Meer, ungeklärter Grenzfragen zwischen Indien und China, Indien und Pakistan sowie Kambodscha und Thailand.

Hier kann die EU eine Rolle als Mediator entwickeln, wie sie sie erfolgreich in Ost-Timor ausgefüllt hat. Wir begrüßen daher einen Beitritt der Europäischen Union zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien, dessen Mitgliedstaaten sich zur friedlichen

Beilegung von Konflikten verpflichtet. Erfolgversprechend sind auch Beispiele von so genannter „Track Two-Diplomatie“ für die Entwicklung von Lösungen für zwischenstaatliche Konflikte wie der Council for Security Cooperation in the Asia-Pacific (CSCAP). Der sicherheitspolitische Dialog unterhalb der Regierungsebene mit Asien, der bereits seit längerem mit Singapur und anderen ASEAN-Staaten und jetzt auch mit China, Japan und Indien besteht, sollte forciert werden.

Deutschland hat mit Japan und Australien die Abrüstungsinitiative „Gruppe der Freunde des Nichtverbreitungsvertrages/Friends of the Non-Proliferation Treaty“ ins Leben gerufen. Insbesondere sollte die Bundesregierung ihre Bemühungen um die Verminderung des Eskalationspotenzials auf der koreanischen Halbinsel fortsetzen.

In Zentralasien wie im bilateralen Verhältnis von Indien zu China oder von China zu seinen südostasiatischen Nachbarn wie Kambodscha bergen Interessengegensätze um Wassernutzung und -verteilung Konfliktpotenzial. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung in Zentral- und Südostasien Institutionen dazu befähigen will, ein nachhaltiges regionales Wassermanagement einzurichten, das Fragen der Wassernutzung mit Energie- und Klimafragen verbindet.

Konfliktkonstellationen – staatlich-substaatlich

Neben Afghanistan sehen sich auch eine Reihe anderer Staaten – Philippinen, Indonesien, Thailand, Bangladesch, Indien und Pakistan – durch islamistisch motivierte Aufständische oder Terrorgruppen herausgefordert. Pakistan spielt eine wichtige Rolle für die Stabilität Süd- und auch Zentralasiens. Weder eine Lösung des Kaschmir-Konflikts mit Indien, wo endlich ein erfolgversprechender Friedensprozess in Gang gekommen zu sein scheint, noch eine dauerhafte Befriedung Afghanistans ist ohne Stabilität in Pakistan möglich.

Piraten, die auch in Asien besonders die Sicherheit des Seehandels bedrohen, stehen als substaatliche Akteure staatlichen Ordnungskräften gegenüber. Wir begrüßen alle Maßnahmen, die Partner in Asien dazu befähigen, effektiv gegen Piraterie vorzugehen.

Besondere Konfliktpotenziale - Tibet und Taiwan

Die Situation in Tibet bleibt angespannt. Das Verhältnis der Volksrepublik China mit Taiwan hingegen hat sich seit 2007 erheblich verbessert. Wir begrüßen dies mit Blick auf die Ein-China-Politik Deutschlands. Militärmanöver, die Angriffe der Volksrepublik China auf Taiwan simulieren, zeigen aber beispielhaft, welches Eskalationspotenzial das Verhältnis weiterhin birgt.

Herausforderung Cybersicherheit

Die Gewährleistung von Cyber-Sicherheit ist eine gemeinsame Herausforderung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im nationalen und internationalen Kontext.

Häufig gehen Angriffe von Servern in der Volksrepublik China aus und zielen auf wirtschaftliches Know How und Regierungsinstitutionen. Wir begrüßen daher insbesondere, dass die EU mit China vereinbart hat, eine Cyber Task Force ins Leben zu rufen.

Über internationale Kooperation hinaus sollten Bundesnachrichtendienst und Bundeswehr Fähigkeiten aufbauen, um Bedrohungen im Cyber-Raum aufklären, einschätzen und abwehren zu können.

Ziel stabile Weltordnung - Kooperationspartner in Asien

Deutschland sollte sich zur Verfolgung des Ziels einer stabilen Weltordnung, zu der die Bewältigung dieser sicherheitspolitischen Herausforderungen gehört, primär an die Partner wenden, die das Verständnis von den Grundlagen dieser Weltordnung möglichst weitgehend teilen.

Bündnispartner USA

Die USA haben deutlich gemacht, dass sie künftig in der asiatisch-pazifischen Region einen stärkeren strategischen Schwerpunkt setzen werden. Das Engagement der USA begrüßen wir ebenso wie die Mehrzahl der asiatisch-pazifischen Staaten. Für diese Staaten steht das amerikanische Engagement als Sicherheitsgarant im Vordergrund. Australien ist enger Partner der USA, seine politischen, militärischen, wirtschaftlichen und akademischen Eliten verfügen über besondere regionale Expertise.

Für Deutschland und seine Partner in der Europäischen Union ist vor allem das langfristige Engagement der USA für Sicherheit und Stabilität in Afghanistan und Zentralasien strategisch entscheidend notwendig. Hier kann es nur durch gemeinsames Engagement mit den USA gelingen, ein strategisches Vakuum zu vermeiden, wenn die Sicherheitsverantwortung ab 2014 auf die afghanische Regierung übergegangen ist.

Wertepartner Indien, Japan, Südkorea, Australien

Indien, Japan, Südkorea und Australien teilen den europäischen Wertekonsens und richten ihre Außen- und Sicherheitspolitik daran aus. Deshalb wollen wir besonders eng mit diesen Partnern zusammenarbeiten.

Auch die Beziehungen zu Indonesien, das sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich in Richtung eines demokratischen Gemeinwesens entwickelt und in Zukunft als Wertepartner in Frage kommt, werden wir vertiefen. Dabei wollen wir an die in der Vergangenheit besonders eng geknüpften Verbindungen anschließen, um deren besonderes Potenzial voll auszuschöpfen.

Im Bereich Politik / Sicherheit stehen für uns daneben die bilateralen Beziehungen zu Mitgliedsländern wie Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand und Vietnam im Vordergrund, die wie Indonesien eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung ASEANs spielen können.

Strategischer Partner China

China ist aufgrund einer Vielzahl gemeinsamer Interessen strategischer Partner Deutschlands und der Europäischen Union. Deutschland und China pflegen eine sehr aktive Partnerschaft, für die die Wirtschaftsbeziehungen eine stabile Grundlage bilden. China will und wird aber einen eigenen Weg gehen. Wir fordern die Gewährleistung der universalen Menschenrechte für alle Bürger Chinas.

In der Zeit seit 2007 hat das Auftreten chinesischer Politiker und Militärs in regionalen Konflikten wie dem Territorialkonflikt im südchinesischen Meer oder um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln mit Japan Befürchtungen geweckt, China könne einen Anspruch auf regionale Dominanz entwickeln und seine Interessen mit wirtschaftlichem Druck oder gar mit militärischen Mitteln gegenüber Staaten in der Region durchsetzen. Wir sprechen uns für eine multilaterale Lösung auf der Grundlage geltenden Völkerrechts, insbesondere der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen aus.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht eine große Herausforderung darin, die transpazifische Konkurrenz zwischen den USA und der Volksrepublik China so zu gestalten, dass sie langfristig nicht von geopolitischer Rivalität, sondern Interessenausgleich geprägt ist.

Kooperation mit den Staaten Zentralasiens – EU-Engagement verstärken

Die zentralasiatischen Staaten haben sich mit dem Beitritt zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu den Werten, Normen und Verpflichtungen dieser Organisation bekannt. Sicherheitsinteressen, die Abhängigkeit der EU von externen Rohstoff- und Energiequellen und die Notwendigkeit einer Politik der diversifizierten Energieversorgung erfordern ein verstärktes Engagement der EU in Zentralasien.

Wir wollen die Perspektiven der Zusammenarbeit, die mit der während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beschlossenen EU-Zentralasienstrategie eröffnet worden sind, ausbauen. Die EU-Institutionen, vor allem der EAD, sollten gezielt Beiträge zur Verhütung und Lösung von Konflikten in Zentralasien entwickeln. Dabei ist die Koordinierung mit der OSZE wichtig, damit die Mittel der EU und auch unseres Landes effizient eingesetzt werden.

Multilaterale Kooperation Europa - Asien

Die ambitionierten Ziele, die die Mitgliedstaaten ASEANs sich gesetzt haben, muss die EU fördern, um mittelfristig die regionale Kooperation zu stärken und die langfristige Perspektive einer immer engeren EU-ASEAN Kooperation zu eröffnen.

Das Asia-Europe Meeting (ASEM) dagegen ist in der jetzigen Form eine Plattform für Austausch und Vernetzung und kann für differenzierten Fachdialog dienen, ohne dass überzogene Erwartungen an operative Erfolge der ASEM-Kooperation geweckt werden sollten.

Das Interesse Deutschlands und seiner europäischen Partner liegt darin, im Rahmen des EU-ASEAN-Dialogs und des ASEAN Regional Forums (ARF) den politischen Willen der Europäischen Union zu demonstrieren sowie gemeinsame Sicherheitsinteressen zu fördern. Dazu sollte die Bundesregierung die Ergebnisse der Umsetzung des Aktionsplans zur Nürnberger Erklärung von 2007 systematisch auswerten. Nur stärkere Initiative und Sichtbarkeit kann in einer Beteiligung der EU am East Asia Summit (EAS) münden, die auf höchster politischer Ebene für die Vertretung der Ziele und Interessen der EU in Asien wichtig ist. Die EU muss den Willen zu langfristigem politischem Engagement demonstrieren. Bundesminister Westerwelle hat darum mit seiner Asien-Reise im April 2012 das richtige Zeichen gesetzt.

Wirtschaft / Entwicklung / Umwelt

Deutschland steht für die Grundsätze der WTO

Deutschland steht als bedeutende Handels- und Wirtschaftsnation für die Ziele der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO). Wir teilen mit allen WTO-Staaten das Bestreben, die Grundsätze des multilateralen Handelssystems zu wahren sowie den Schutz und die Erhaltung der Umwelt und gleichzeitig die Steigerung der dafür erforderlichen Mittel zu erreichen.

Für soziale Marktwirtschaft

Die politischen Führungen der meisten Länder Asiens stehen vor der Herausforderung, die wirtschaftliche Entwicklung im Sinne aller Bürger zu steuern. Soziale Ungleichheit sowie mangelnde wirtschaftliche Perspektiven von Teilen der Bevölkerung und Wohlstandsgefälle zwischen Staaten können zu Konflikten führen.

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft in Verbindung mit einem demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsmodell hat dagegen den Menschen in Europa über Jahrzehnte hinweg Wachstum und nie gekannten Wohlstand gebracht. Wir bieten daher allen asiatischen Staaten aus Überzeugung an, einen Dialog über unsere besondere historische Erfahrung zu führen, der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit umfasst.

Globale Wirtschaftsordnung - Dialog mit neuen Gestaltungsmächten

Durch den so genannten „Heiligendamm-Prozess“ ist seit 2007 ein Dialog mit neuen Gestaltungsmächten zu den wichtigsten Themen der globalen Wirtschaftsordnung in Gang gekommen. China und Indien sollten gemeinsam mit den weiteren „Outreach-Partnern“ Brasilien, Mexiko und Südafrika durch den Heiligendamm-Prozess stärker im Rahmen der G20 in die Verantwortung genommen werden. Im Rahmen der G20 sind aus Asien neben den Industrieländern Australien, Japan und Südkorea bereits die drei Schwellenländer China, Indien und Indonesien vertreten.

Zusammenarbeit mit den USA – für eine Transatlantische Freihandelszone

Angesichts des Aufstiegs Asiens können und müssen die USA und Europa die Chance engerer Kooperation nutzen, um freie Weltmärkte zu fördern und Standards und Normen im wirtschaftlichen Bereich setzen, die nachhaltiges Wachstum zum Wohle aller Menschen fördern. Deshalb verfolgen wir das Ziel durch eine Transatlantische Freihandelszone den transatlantischen Wirtschaftsraum zu einer transatlantischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter zu entwickeln.

Die USA haben seit November 2009 mit ihrer Beteiligung an den Verhandlungen zu einem Trans-Pacific Partnership Agreement (TPP) eine Initiative für die engere Verflechtung mit asiatischen Partnern und regionale Wirtschaftskooperation gestartet. Gegenwärtig laufen die Verhandlungen u. a. mit Australien, Chile, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur, den Vereinigten Staaten und Vietnam. Japan, Mexiko und Kanada haben Interesse an einem Beitritt bekundet. Die wirtschaftliche

und politische Bedeutung des TPP hängt davon ab, welche Staaten letztlich Mitglieder werden. Im Interesse der EU ist ein Abkommen, das offen für Drittstaaten bleibt.

ASEAN-EU Beziehungen - stabile Wirtschaftsordnung fördern

Die ASEAN-Mitgliedstaaten wollen bis 2015 eine Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Markt für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und ASEAN steht auf einer soliden Grundlage (Programme zur Harmonisierung der Rechts- und Regulierungssysteme, Umwelt, Energie und Klimaschutz und zur Kooperation in den Bereichen regionale Integration, Know-How-Transfer in den Politikfeldern Energie, Umwelt, Klimaschutz, Ausbildung und Forschung und Minderheitenschutz).

Die Europäische Kommission hat mit den ASEAN-Staaten Singapur und Malaysia im Jahr 2010 Verhandlungen über Freihandelsabkommen aufgenommen. Ein EU-ASEAN Freihandelsabkommen aber ist im strategischen Interesse Europas und sollte daher mit Priorität verfolgt werden.

Wirtschaftsbeziehungen mit China – faire Partnerschaft auf Augenhöhe

China hat mit seinem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum gerade in Deutschland dazu beigetragen, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise abzufedern. China hat seit der Öffnung im Zeitraffer die Transformation von einer hochzentralisierten Planwirtschaft zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt vollzogen.

Als wichtigster Handelspartner Chinas in Europa (ca. ein Drittel des Handels mit der EU) streben wir eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen durch eine Partnerschaft auf Augenhöhe an. Bilaterale Kabinettsitzungen sind Ausdruck der besonderen Bedeutung der deutsch-chinesischen Beziehungen. Wir begrüßen insbesondere alle Initiativen, die die stabile und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Chinas besonders beim Aufbau einer „Green Economy“ unterstützen.

Indien – Potenzial der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entfalten

Indien ist einer der wachstumsstärksten Märkte Asiens. Die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen haben ihr volles Potenzial aber bei Weitem noch nicht entfaltet. 2008 betrug das Handelsvolumen 13 Milliarden Euro, 2011 waren es 15 Milliarden Euro. Die indische Regierung muss die Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen dringend verbessern. In diesem Sinne strebt die EU den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Indien an. Dieses Anliegen unterstützen wir.

Indonesien, Vietnam – Wachstumsmärkte als Chance

Indonesien und Vietnam haben am wirtschaftlichen Aufstieg Asiens der jüngeren Vergangenheit besonderen Anteil. Vietnam ist unter den sogenannten „Next Eleven“ Staaten das einzige Land, das innerhalb der vergangenen fünf Jahre ein Wachstum vorweisen kann, welches ähnlich hoch wie das Chinas oder Indiens ist.

Deutschland ist in Europa wichtigster Handelspartner Indonesiens, der größten Volkswirtschaft Südostasiens mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt. Wir befürworten den Ausbau der bilateralen Wirtschaftskooperationen.

Hochtechnologieländer Japan, Südkorea, Singapur - Wirtschaftsbeziehungen ausbauen

Japan, Südkorea und Singapur sind enge und verlässliche Wirtschaftspartner Deutschlands. Zwischen der EU und Südkorea wird seit dem 1. Juli 2011 ein Freihandelsabkommen vorläufig angewendet. Erste Erfahrungen sind sehr positiv. Nichttarifäre Handelshemmnisse müssen aber noch weiter abgebaut werden.

Wichtig sind auch von japanischer Seite deutliche Signale, nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen zu wollen, ehe die EU und Japan in den Verhandlungsprozess über ein Freihandelsabkommen eintreten können.

Staatskapitalismus - Wettbewerbsneutralität im Weltmarkt garantieren

Wettbewerb sollte in Drittmärkten, in denen europäische und asiatische Unternehmen tätig sind, auf Grundlage von Qualität und Preisen stattfinden, nicht aufgrund staatlicher Finanzierungsbedingungen. Doch Unternehmen asiatischer Herkunft können zum Teil mit Hilfe staatlich gestützter Exportkredite und Finanzierungsinstrumente operieren, was ihnen gegenüber europäischen Wettbewerbern Vorteile verschafft. Darüber hinaus unterliegen sie teilweise, wie es bei chinesischen Unternehmen häufig der Fall ist, faktisch staatlicher Kontrolle durch die Entscheidung über die Besetzung der Leitungsposten. Wir fordern gleiche Chancen für alle Unternehmen, die im gegenseitigen Wettbewerb stehen.

Für Staatliche Investitionsfonds (Sovereign Wealth Funds - SWFs) hat die International Working Group of Sovereign Wealth Funds die so genannten Santiago Principles als freiwillige Selbstverpflichtung erarbeitet. Diese Prinzipien zielen auf Transparenz und Wirtschaftlichkeit der Operationen von SWFs.

Investitionen von Unternehmen in staatlicher Kontrolle sind grundsätzlich wünschenswert. Dazu sollte die Außenpolitik Deutschlands und der EU darauf gerichtet sein, OECD-Regeln für staatlich kontrollierte Unternehmen und die Santiago Principles für SWFs zum Standard zu machen oder mit diesen Regeln vergleichbare globale Standards zu setzen. Wettbewerbsvorteile, die heimischen Unternehmen gewährt werden, müssen in gleicher Form auch ausländischen Unternehmen offenstehen.

Investitionsfreiheit – mit Rücksicht auf Schutz und Kontrolle kritischer Infrastruktur

Investitionsfreiheit gehört zur Marktfreiheit. Sie soll grundsätzlich für Unternehmen aus aller Welt in der EU gewährleistet sein. Die Ausübung dieser Freiheit kann und sollte bei Investitionen ausländischer Unternehmen in kritische Infrastrukturen aber Einschränkungen unterliegen, die zur Wahrung deutscher und europäischer Sicherheitsinter-

ressen erforderlich sind. Kritische Infrastrukturen sollten immer in der Form rechtlicher und tatsächlicher Kontrolle unterliegen, dass jedes Risiko der Unzuverlässigkeit im Krisenfall ausgeschlossen werden kann.

Handels-, Marktzugangshemmnisse und unfaire Praktiken abbauen Protektionismus und Dumping

Noch immer bestehen in asiatischen Staaten Beschränkungen für den Marktzutritt. Administrative Monopole in Staaten Asiens oder der Missbrauch von Macht auf lokaler Ebene erschweren den Markteintritt. Wir fordern einen Abbau von „regionalem Protektionismus“. Exklusive Verträge, die die lokalen Firmen stark bevorzugen, müssen der Vergangenheit angehören. Der Missbrauch von Marktmacht durch Monopole und Oligopole muss durch Regulierung aufgrund internationaler Standards verhindert werden.

Auch das Verhindern von Dumping liegt in unserem Interesse. Gegen Dumping-Praktiken muss die Europäische Union mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung diplomatisch und notfalls im Wege von WTO-Streitverfahren rigoros vorgehen. Wir sind der Überzeugung, dass die Anti-Dumping-Verfahren in den kommenden Jahren signifikant zurückgehen werden, wenn WTO-Standards strikt befolgt werden.

Marktzugang – offene Märkte schaffen, insbesondere bei der öffentlichen Beschaffung

Mit einem Gesamtwert von einer Billion Euro pro Jahr haben öffentliche Aufträge erhebliche Auswirkungen auf die Welthandelsströme. Allerdings sind weltweit insgesamt nur ein Viertel der Beschaffungsmärkte für den internationalen Wettbewerb geöffnet. Während in der EU die öffentliche Auftragsvergabe bereits zu 80 Prozent für Nicht-EU-Anbieter geöffnet wurde, sind beispielsweise in Japan lediglich 28 Prozent der öffentlichen Aufträge für ausländische Anbieter zugänglich. In China haben europäische Unternehmen nur sehr begrenzten Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Im Gegensatz zu Japan hat China das Government Procurement Agreement der WTO (GPA) bislang nicht unterzeichnet.

Alle Handelspartner der EU sollten das GPA unterzeichnen und umsetzen. Nur dann könnte dies zur Voraussetzung für den Marktzugang in Europa gemacht werden, wenn auf andere Weise kein offener Wettbewerb unter gleichen Bedingungen herzustellen ist.

Erzwungener Technologietransfer – Unternehmerische Freiheit schützen

Bilaterale Technologiepartnerschaften zwischen Unternehmen bringen in der Regel beiden Seiten Vorteile. Innovation und der Transfer von Know-How wird durch freien Wettbewerb und Marktzugang gefördert. Inzwischen verlagern Großunternehmen auch Teile ihrer Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach Asien, um sich den Zugang zu den kostengünstigen Talentpools Asiens zu sichern. Dadurch entstehen globale Innovationsnetzwerke.

Die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wird von vielen asiatischen Regierungen energisch gefördert. Nicht hinnehmbar ist allerdings der Zwang zum Technologietransfer, beispiels-

weise durch Regelungen, die den Marktzugang nur im Rahmen von Joint Ventures erlauben.

Regelungen, mit denen Technologietransfer zum Zwang wird, sind nicht akzeptabel und müssen abgeschafft werden.

Schutz des geistigen Eigentums – Ideendiebstahl abwehren

Die Staaten Asiens bekennen sich als Mitglieder der World Intellectual Property Organization (WIPO) zu dem Ziel der Förderung des Schutzes geistigen Eigentums. Noch immer aber werden große Mengen gefälschter Markenartikeln aus Asien an den EU-Außengrenzen abgefangen. Etwa 60 Prozent aller sichergestellten Güter haben ihren Ursprung in China. Die chinesische und die deutsche Regierung haben mehrfach Initiativen ergriffen, um den Schutz geistigen Eigentums zu stärken.

Allerdings mangelt es noch an der Durchsetzung, auch wenn inzwischen die Mehrzahl von Streitfällen über geistiges Eigentum, die vor chinesischen Gerichten verhandelt werden, zwischen chinesischen Firmen ausgetragen wird. Dieses Beispiel zeigt, dass die Bekämpfung des Diebstahls geistigen Eigentums in steigendem Maße im Interesse asiatischer Unternehmen liegt, die in Marken und Patente investieren und um den Ertrag betrogen werden.

Chance Bildung und Forschung

Asiens Märkte für Bildungsangebote bieten enorme Wachstumschancen. Deutsche Hochschulen sollten diese Chancen weitaus offensiver nutzen als bisher.

In Bildung und Forschung soll die Rolle Deutschlands als verlässlicher Partner sichtbar, die Fokussierung auf die besten Institute in Asien fortgesetzt, die Forschungskontakte unter Einbeziehung der Wirtschaft intensiver als Türöffner für Technologiekooperationen genutzt sowie gemeinsam an Lösungen globaler Herausforderungen gearbeitet werden.

Deutschland kooperiert auf den verschiedensten Ebenen gemeinsam mit den asiatischen Ländern. und unterstützt die EU-Bemühungen, den ASEAN-Verbund bei der regionalen Integration im Bereich Forschung und Bildung weiter zu entwickeln.

Entwicklung und Armutsbekämpfung

Ein Verwirklichen der Millenniumsentwicklungsziele, vor allem im Bereich der Armutsbekämpfung, hängt wesentlich von der Entwicklung Asiens ab. Gemäß dem Fortschrittsbericht der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele konnten etwa in China fast 500 Millionen Menschen ihrer extremen Armut entrinnen. Andererseits leben in Asien noch immer rund zwei Drittel aller Menschen in absoluter Armut.

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) müssen daher Wege gefunden werden, die den Folgen des Bevölkerungswachstums sowie des wirtschaftlichen Wachstum in Asien Rechnung tragen. Entlang den vereinbarten Schwerpunkten der deutschen Entwicklungspolitik hat die EZ mit vielen Ländern Asiens nach wie vor ihre Bedeutung

und entspricht unseren langfristigen Interessen. EZ bedeutet jedoch nicht zwangsläufig finanzielle Zuschüsse. Einige asiatische Länder können Beratungsleistungen auch selber einkaufen.

China investiert mittlerweile mehr Geld in seine EZ als die Weltbank für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen kann. China kann Kredite zu günstigen Bedingungen anbieten, die nicht an die Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsauflagen geknüpft sind. Ob dies langfristig eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen kann, erscheint zweifelhaft, wie auch die Reaktionen vieler afrikanischer Staaten zeigen.

Umgang mit begrenzten Ressourcen – Rohstoffsicherheit, Klima

Herausforderung Rohstoffsicherheit - bilaterale Rohstoffpartnerschaften entwickeln

Als wichtige Industrienation zählt Deutschland zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Vor allem bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht eine nahezu vollständige Importabhängigkeit. Auch Energierohstoffe müssen in großem Umfang aus dem Ausland eingeführt werden. Unser Land braucht eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Rohstoffversorgung, um Arbeitsplätze und Wachstum zu sichern.

Der Zugang zu Rohstoffen ist nicht allein von technologischen Möglichkeiten abhängig, sondern auch von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen besonders in Asien und die starke Konzentration der Förderung einiger wichtiger Rohstoffe auf teilweise wenige Standorte oder auch Unternehmen haben zu der Sorge geführt, dass die Rohstoffversorgung dort zum Spielball politischer Interessen werden könnte, wo die Unternehmen staatlicher Steuerung unterliegen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat darum das Thema „Deutschlands und Europas Rohstoffversorgung sichern“ mit großem Nachdruck vorangetrieben. Bilaterale Rohstoffpartnerschaften wie mit Kasachstan oder der Mongolei wollen wir zum beiderseitigen Nutzen weiter entwickeln. Wir unterstützen auch den 2011 begründeten strategischen Energie- und Rohstoffdialog mit Australien.

Eine besondere Rolle als Produzent wie als Verbraucher von Rohstoffen nimmt China ein. Vor allem die Tatsache, dass China 2010 den Export von Seltenen Erden nach Japan unterband, nachdem zwischen beiden der politische Konflikt zwischen beiden ein Territorialkonflikt wieder ausgebrochen war, nährt die Befürchtung, dass China bereit sein könnte, seine derzeitige Quasi-Monopolstellung für politische Zwecke zu nutzen. Premierminister Wen Jiabao betonte aber am 6. Oktober 2010 in Brüssel, China werde Seltene Erden nicht als Verhandlungshebel benutzen, sondern sei für die nachhaltige Entwicklung der Welt. Daran muss China sich messen lassen.

Herausforderung Klimawandel – Energieeffizienz steigern

Als Folge der rapiden Wirtschaftsentwicklung gehören China und Indien mit den USA und der EU inzwischen zur Gruppe der großen CO₂-Emittenten, deren zukünftige Energiepolitik einen prägenden Einfluss

auf den globalen Klimawandel haben wird. Zu diesen gehört infolge der Abholzung seiner Wälder auch Indonesien. Hier muss Überzeugungsarbeit und Unterstützung beim Schutz der Wälder und damit einhergehend der Biodiversität geleistet werden. Deutschland sollte dazu entsprechende Interessenkooperationen mit asiatisch-pazifischen Ländern bilden.

Wir unterstützen das Zwei-Grad-Ziel. Alle Staaten, in Asien insbesondere China und Indien, müssen ebenso wie die USA die internationalen Bemühungen zur Reduzierung der Treibhausgase und zur Vermeidung der Folgen des Klimawandels verstärkt vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass dazu klimafreundliche und effizienzsteigernde Technologien in Asien Verbreitung finden.

Urbanisierung - Technologievorsprung nutzen, voneinander lernen

Die fortschreitende Urbanisierung bedeutet große Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, Wasserversorgung, Stromversorgung, Abfallbeseitigung/Gesundheit und Sozialversicherungssysteme. Europäische Städte haben für diese Herausforderungen zum Teil vorbildliche Lösungen der Stadtentwicklung gefunden. Deutsche Unternehmen können hier technologische Lösungen liefern. Asien bietet die Möglichkeit, neue stadtplanerische und technische Lösungen zu erproben. Europa und Asien können gemeinsam lernen.

Gesellschaft / Bildung

Wir wollen in einer Welt leben, in der universelle Werte uns mit den Völkern Asiens verbinden.

Herausforderung Werteverelativismus

Wir wissen, dass die Umsetzung der universellen Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte in Europa nur über Jahrhunderte und durch die Überwindung furchtbarer Rückschläge gelungen ist. Wir respektieren Entwicklungsfortschritte und Entwicklungsstand unserer asiatischen Partner. Wir erwarten und fordern von allen Regierungen Asiens, dass sie die universellen Werte und Normen des Völkerrechts respektieren. Als Mitglieder der Vereinten Nationen müssen sich alle Staaten besonders dem Auftrag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet wissen.

Der wirtschaftliche Erfolg autoritärer Staaten lässt aber viele die Frage stellen, ob das Wirtschaftssystem eines staatskapitalistischen Sozialismus dem des freiheitlich-demokratischen Kapitalismus vorzuziehen ist. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sowie Minderheitenschutz sind nicht exklusiv „westlich“ und geographischen oder kulturellen Räumen eigen. Ihr Wert für die Entwicklung einer Gesellschaft und ihre universelle Gültigkeit hängen weder von wirtschaftlichen, noch von geographischen oder kulturellen Gegebenheiten ab. Sie entsprechen dem universellen Wesen des Menschen, dessen Würde unantastbar ist.

Unternehmen als Träger normativer Werte

Die wirtschaftliche Macht Europas soll sich zu dem Ziel in politischen Einfluss übersetzen, universelle Werte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu fördern und zu festigen. Unsere Unternehmen sind dabei zu Trägern nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch solcher normativer Werte geworden. Der UN Global Compact und die OECD-Richtlinien für verantwortliche Unternehmensführung legen Grundsätze für verantwortliche Unternehmensführung fest. Wir begrüßen, dass besonders viele deutsche Unternehmen sich Beispiel gebend mit Corporate Social Responsibility (CSR) Initiativen engagieren.

Wissenschaft und politiknahe Stiftungen sollten darüber hinaus konkrete Politikempfehlungen zu der Frage entwickeln, wie die wirtschaftliche Macht Europas in Asien in politischen Einfluss im Sinne des Ziels der Geltung universeller Werte umgesetzt werden kann.

Technischer Fortschritt und Vernetzung – Chancen für die Bürgergesellschaft

Technischer Fortschritt und der wachsende Wohlstand, den viele Menschen in Asien sich erarbeitet haben, machen eine Vernetzung über Zeitzone und Kontinente hinweg möglich, die so eng werden kann wie noch nie zuvor in der Geschichte Europas und Asiens. Euro-asiatische Ideennetzwerke können zu Treibern menschlicher Entwicklung werden. Voraussetzung sind kulturelle und sprachliche Fertigkeiten und offener Dialog.

Die Bundesregierung sollte die Bildung solcher Netzwerke weiter unterstützen. Ziel ist es, immer mehr Menschen in Asien dazu zu befähigen, sich zu artikulieren und zu organisieren, damit sie an politischen Prozessen teilhaben und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen einfordern und mitgestalten können. In diesem Sinne gilt es auch politische Reformkräfte zu unterstützen. Dabei haben die politischen Stiftungen eine besonders wichtige Rolle.

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, die Vernetzung mit den Eliten in Politik, Medien, Wirtschaft und Militär in Asien gezielt zu vertiefen. Netzwerkbildung mit Eliten und Medienpräsenz sollten Vorrang haben vor breiter angelegter Public Diplomacy, wo knappe Mittel eine Priorisierung erfordern.

Die flankierende Tätigkeit nichtstaatlicher Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, der Stiftungen, der Kirchen, der Wirtschaft und der Nicht-Regierungsorganisationen sollte weiter ausgebaut werden.

Bildung und Innovation

Der asiatische Raum hat sich in Forschung und Bildung zur dynamischsten Zukunftsregion der Welt entwickelt. Durch erhebliche Investitionen in Bildung und Forschung und durch eine zunehmend regionale Kooperation entwickelt sich eine dritte „Wissensweltregion“ neben Nordamerika und Europa. Deutschland sollte diese Entwicklung durch Kooperationen in Bildung und Forschung aktiv begleiten.

Die Bildungspolitik sollte dazu das Ziel setzen und durch das Instrument Bildungspartnerschaften verfolgen, mit Bildungsangeboten für Eliten in allen asiatischen Ländern präsent zu sein. Diese Angebote

müssen an den besten Beispielen von Mitbewerbern ausgerichtet sein. Von der Auslandsschule über Sprachunterricht und duale Ausbildung bis zum Hochschulstudium muss das deutsche Angebot im jeweiligen Land dem Spitzenstandard entsprechen.

Chance Wohlstand - Tourismus verbindet Menschen

Der wachsende Wohlstand der Menschen in Asien ermöglicht nie gekannte Reisemöglichkeiten. Bis zum Jahr 2020 werden nach Prognosen allein etwa 100 Millionen chinesische Touristen internationale Reisen unternehmen. Für Deutschland ist es wichtig, für möglichst viele Menschen aus Asien ein attraktives Reiseziel zu sein. Es gilt vor allem, kommende Führungskräfte Asiens in ihrer Jugend für einen auch touristischen Aufenthalt in Deutschland zu gewinnen, damit sie eine persönliche Beziehung zu unserem Land aufbauen können. Die Deutsche Zentrale für Tourismus sollte Angebote für diese Zielgruppe in den Vordergrund stellen.

Asien-Expertise pflegen und ausbauen

Deutschland und Europa brauchen Fachleute und Think Tanks, die die Entwicklungen in Asien genau verfolgen und verstehen. An Schulen und Hochschulen müssen mehr Kenntnisse über Asien vermittelt werden. Der Trend, asienbezogene Wissenschaftseinrichtungen zu verkleinern oder zu schließen, muss gestoppt und umgekehrt werden.

Wir befürworten eine Spezialisierung innerhalb der diplomatischen Laufbahnen und die Überlegung, wissenschaftliche Kräfte fest im Auswärtigen Amt anzustellen, damit sie dauerhaft Träger von Expertenwissen wären.

Think Tanks können ihre politikberatenden Aufgaben nur dann optimal erfüllen, wenn die Arbeit ihrer Experten an praktischen und nicht akademischen Standards gemessen wird. Die Bundesregierung sollte daher einen Karriereweg ermöglichen, der es Experten aus den Think Tanks erlaubt, in die Ministerien und zurück zu rotieren, so dass sie für ihr Fortkommen nicht von einer akademischen Laufbahn abhängig sind.